

Stadt Merseburg

Der Oberbürgermeister

Niederschrift

Merseburg, 13.01.2026

über die 8. Sitzung des Stadtrates Merseburg öffentlicher Teil

Die Sitzung fand statt:

Datum:	04.12.2025	Ort:	06217 Merseburg
Beginn:	17:04 Uhr	Straße:	Burgstraße 1
Ende:	19:53 Uhr	Raum:	Plenarsaal

Anwesende Mitglieder:

Rüdiger Abitzsch	Mitglied
Jenny Barthel-Müller	Mitglied
Julia Susan Beier	Mitglied
Dr. Halina Czikowsky	Mitglied
Uwe Darnstädt	Mitglied
Moritz Eichelmann	Mitglied
Dr. Steffen Eichner	Fraktionsvorsitzender
Michael Finger	Fraktionsvorsitzender
Marion Galander	Mitglied
Lucas Geyer	Mitglied
Imre Gülle	Mitglied
Lutz Hammer	Mitglied
Tino Haring	Mitglied
Michael Timo Hayn	Stadtratsvorsitzender
Holm Kluknavsky	Mitglied
Manuela Krause	Mitglied
Matthias Kreisel	Fraktionsvorsitzender
Peter Kruse	Mitglied
Dr. Lutz Kuhne	Fraktionsvorsitzender
Diana Kuhnt	Mitglied
Jody Leichsenring	Mitglied
Peter Lipinski	Mitglied
Prof. Dr. habil. Wolfgang Merbach	Mitglied
Thomas Merk	Mitglied
Rosel Veronika Mißberger	Mitglied
Sebastian Müller-Bahr	Oberbürgermeister
Gabriele Naundorf	Mitglied
Marco Nickel	Mitglied
Claudia Ochmann	Mitglied
Hubertus Steinki	Mitglied
Roland Striegel	Mitglied
Marcus Turré	Mitglied
Daniel Wald	Fraktionsvorsitzender
Andree Weber	Mitglied
Kathleen Weiß	Mitglied

Nicht anwesende Stimmberechtigte:

Uwe Arendt	Mitglied
Petra Ernst	Mitglied

Dr. Thilo Koch	Mitglied
Carl Pinkert	Mitglied
Stefan Plack	Mitglied
Bernd Seifert	Mitglied

Anwesende der Verwaltung:

Jana Skládal	Amtsleiterin Rechtsamt
Carla Büttner	Sachbearbeiterin Sitzungsdienst
Ulrike Findeisen	Leiterin Geschäftsbereich III
Felix Drießen	Amtsleiter Stadtentwicklungsamt
Florian Schüler	Amtsleiter Jugend- und Sportamt
Bellay Gatzlaff	Bürgermeister

Anwesende Gäste:

Andreas Zieger	Ortsbürgermeister Trebnitz
Dana Burkhardt	Sachkundige Einwohnerin

12 weitere Bürgerinnen und Bürger.

Tagesordnung

TOP Thema

Öffentliche Sitzung

1. Beginn der Sitzung

- 1.1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung

2. Beratungen in öffentlicher Sitzung

- 2.1 Bekanntgabe der gefassten nichtöffentlichen Beschlüsse
- 2.2 Einwohnerfragestunde
- 2.3 Bericht des Oberbürgermeisters
- 2.4 Anfragen und Anregungen der Stadträte
- 2.5 Rekommunalisierung von Kindertageseinrichtungen
BV DS-Nr. 053/BV/25
- 2.6 Entgeltvereinbarungen für die Kindertageseinrichtungen der SDA AWO gGmbH 2024
BV DS-Nr. 087/BV/25
- 2.7 Entgeltvereinbarungen für die Kindertageseinrichtungen der Kinderland Merseburg gGmbH 2022-2024
BV DS-Nr. 084/BV/25
- 2.8 Walter-Bauer-Jahr 2026
Antrag Fraktion SPD/Bündnisgrüne 006/AN/25
- 2.9 Antrag AfD Fraktion 008/AN/25 - Überprüfung des Flächennutzungsplanes
- 2.10 Personalbericht
Antrag FDP-Fraktion 007-AN-25
- 2.11 Ermächtigung zum Eingehen von Verpflichtungen zur Durchführung der Schlossfestspiele 2026 vor Erlass der HH_Satzung 2026
BV DS-Nr. 071/BV/25
- 2.12 Beschluss über geplante Maßnahmen im Förderprogramm Sozialer Zusammenhalt, Fördergebiet "Merseburg-Süd" (GKFÜ 2026)
BV DS-Nr. 085/BV/25
- 2.13 Beschluss über geplante Maßnahmen im Programm Lebendige Zentren, Fördergebiet "Mitte/Zentrum" (GKFÜ 2026)
BV DS-Nr. 086/BV/25

- 2.14 Beschluss über das Fördergebiet "Merseburg Süd" im Programm Sozialer Zusammenhalt und Billigung des Stadtteilentwicklungskonzeptes (StEK) "Merseburg Süd"
BE: Frau Bahr
BV DS-Nr. 083/BV/25
- 2.15 Grundsatzbeschluss zur Entwicklung des Clusters der chemischen Industrie
BV DS-Nr. 090/BV/25
- 2.16 Informationen der Stadtverwaltung
- 2.17 Schließung der Sitzung

Protokolltext

TOP 1. Beginn der Sitzung

Herr Hayn eröffnet die Sitzung um 17.04 Uhr.

Herr Hayn verliest die Stadträte, die seit der letzten Stadtratssitzung Geburtstag hatten. Es handelt sich um Dr. Lutz Kuhne, Stefan Plack und Marco Nickel.

TOP 1.1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Hayn stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Es sind derzeit 35 stimmberechtigte Mitglieder der Vertretung anwesend.

TOP 1.2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Hayn fragt, ob es Änderungsanträge zur Tagesordnung gibt. Er erteilt Herrn Turré das Wort.

Herr Turré stellt den Änderungsantrag, TOP 2.5. Rekommunalisierung von Kindertageseinrichtungen von der Tagesordnung zu nehmen. Er begründet dies damit, dass der neue Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE eine neue Dynamik in das Thema bringen würde. Der Hauptausschuss habe bereits beschlossen, eine Arbeitsgruppe gründen zu wollen, um dort einen Konsens zu finden. Der Änderungsantrag würde die Arbeitsgruppe ad absurdum führen. Er sei dafür, die Arbeitsgruppe zu gründen und heute das Thema nicht weiter zu behandeln.

Herr Hayn bedankt sich und fragt, ob es eine Gegenrede gibt. Dies ist nicht der Fall.

Herr Müller-Bahr dankt dem Vorsitzenden und grüßt alle Anwesenden im Saal. Bei dem Thema sei ihm wichtig, dass am Ende nicht nur eine große Mehrheit im Stadtrat, sondern auch eine große Mehrheit der Bevölkerung hinter dem Ergebnis stehe. Herr Müller-Bahr sei mit der Arbeitsgruppe nicht ganz glücklich, allerdings sei bis jetzt kein Konsens erzielt worden. Wenn der TOP 2.5. von der Tagesordnung genommen werden sollte, würde er trotzdem diese Arbeitsgruppe einberufen.

Herr Hayn fragt, ob es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt. Dies ist nicht der Fall. Er lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	35
Befangen	0
Ja-Stimmen	19
Nein-Stimmen	16
Enthaltungen	0

Die Tagesordnung wird in geänderter Form mehrheitlich beschlossen. Der Tagesordnungspunkt 2.5. entfällt; die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

TOP 1.3. Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung

Herr Hayn fragt, ob es zum Protokoll vom 09.10.2025 Anmerkungen, Ergänzungen oder Hinweise geben würde. Dies ist nicht der Fall. Er lässt über das Protokoll abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
-----------------	----

Anwesend	35
Befangen	0
Ja-Stimmen	30
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	5

Das Protokoll vom 09.10.2025 wird einstimmig bestätigt.

TOP 2. Beratungen in öffentlicher Sitzung

TOP 2.1. Bekanntgabe der gefassten nichtöffentlichen Beschlüsse

Herr Hayn verliest den gefassten nichtöffentlichen Beschluss.

Aus der 7. Sitzung des Hauptausschusses am 27.11.2025:

Beschluss Nr. 22/11 HA/25

Aufhebung des Beschlusses Nr. 04/22 HA/23 in Verbindung mit Beiblatt I zur BV DS-Nr. 079/BV/22 zum Verkauf kommunaler Grundstücke

Der Hauptausschuss hat die Aufhebung des Beschlusses Nr. 04/22 HA/23 in Verbindung mit Beiblatt I zur BV DS-Nr. 079/BV/22 zum Verkauf kommunaler Grundstücke, Beunaer Straße beschlossen.

TOP 2.2. Einwohnerfragestunde

Herr Hayn eröffnet die Einwohnerfragestunde um 17.11 Uhr. Er weist darauf hin, dass Einwohner und Einwohnerinnen der Stadt Merseburg im Rahmen der Einwohnerfragestunde die Möglichkeit haben, Fragen an den Rat oder die Verwaltung zu stellen. Jeweils seien zwei Fragen und dazu zwei Nachfragen möglich. Er weist auf die Geschäftsordnung des Rates hin und bittet um Ruhe während der Fragen. Es dürfe zu allen Themen, die nicht auf der Tagesordnung stehen, gefragt werden. Private Foto- oder Filmaufnahmen seien nicht erlaubt, dafür gebe es den Offenen Kanal als Streamingdienst.

Herr Hayn adressiert Einwohner 1 und sagt, dass er etwas zur vorletzten Einwohnerfragestunde ergänzen wolle. Der Einwohner hätte die Art und den Umfang der Protokolle bemängelt. Herr Hayn erläutert, dass die Tagesordnung im Amtsblatt veröffentlicht werde, sowohl der öffentliche als auch der nichtöffentliche Teil, über beide Teile werde abgestimmt. Der Zugang für Dritte sei zum nichtöffentlichen Protokoll aber nicht möglich.

Einwohner 1 entgegnet, dass das entsprechende Protokoll gerade bestätigt worden sei. Allerdings möchte er auf einen sachlichen Fehler in diesem hinweisen. Die Aufzeichnungen von Herrn Treuter würden dies auch beweisen. Er habe etwas anderes gesagt, als im Protokoll stehen würde. Im Protokoll, auf Seite 8, stehe: „Es war bis jetzt üblich, dass das nichtöffentliche Protokoll mit veröffentlicht wurde.“ Diese Aussage habe er so nicht getätigt. Er habe weiterhin auch nicht gefordert, dass das nichtöffentliche Protokoll veröffentlicht werden sollte, es gehe ihm nur um die Tagesordnung. Da die nichtöffentliche Tagesordnung auch öffentlich bestätigt werden würde, sollte diese auch im öffentlichen Protokoll erscheinen. Er werde dies prüfen lassen.

Einwohner 1 sei Mitglied des Freundeskreis Literatur und möchte seine Freude darüber ausdrücken, dass der Stadtrat sich hinter die Persönlichkeit Walter Bauer stelle und den Antrag zum Walter-Bauer-Jahr heute beschließen werde. Er lobt die SPD-Fraktion für die Antragsstellung. Weiterhin sagt er, dass der Beschluss sicher auch weitere Initiativen auslösen werde und bedankt sich beim Stadtrat für die erwartete Zustimmung zum Antrag.

Herr Hayn fragt die Anwesenden nach weiteren Fragen.

Einwohner 2 begrüßt alle Anwesenden und fragt nach dem aktuellen Stand bei dem Radschnellweg. Außerdem erwähnt er die zahlreichen Radfahrer am Bahnhof morgens und abends, diese würden immer den Westausgang am Bahnhof nutzen.

Herr Müller-Bahr antwortet, er habe erst diese Woche mit dem Landkreis über dieses Thema gesprochen. Dieser übernehme die Planung für den Radschnellweg in Verbindung mit dem Geiseltal-Rundweg. Nach der Planung sei noch die Finanzierung genauer zu klären, allerdings seien 80-90% Förderung potenziell möglich.

Einwohner 2 erläutert, dass im Januar 2023 das Quartierskonzept zur Umgestaltung des Rosentals präsentiert worden sei. Er fragt in diesem Zusammenhang nach dem aktuellen Stand, da ja auch das Jugendzentrum und der Spielplatz damit zusammenhängen würden.

Herr Müller-Bahr antwortet, dass die Fragen erst konkret nach dem Beschluss des Haushalts beantwortet werden könnten, da Teile des Masterplans im Haushaltsplan enthalten wären. Nach dem beschlossenen Haushalt würde auch die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit u.a. auch zu den Perspektiven für das Rosental folgen.

Einwohner 2 merkt an, dass bisher noch keine Lösung für die fehlende Nahversorgung im Zentrum gefunden worden sei und appelliert an die Fraktionen, sich dringend mit dem Thema zu beschäftigen und eine Lösung zu finden.

Herr Hayn antwortet, dass das Problem bekannt sei und der gesamte Stadtrat an der Verbesserung der Situation arbeiten würde.

Herr Hayn fragt nach weiteren Fragen.

Einwohner 3 fragt nach den Einnahmen der Stadt in Bezug auf die mögliche Photovoltaik-Anlage. Er möchte wissen, wie viel Pacht pro Hektar die Stadt aktuell vom Landwirt erhält, wie viel sie von EnBW erhalten würde und welche zusätzlichen Einnahmen durch EEG-Förderung möglich wären.

Herr Müller-Bahr antwortet, dass die genaue aktuelle Pacht nachgeschaut werden müsse, es sich allerdings um keine hohe Summe, sondern ein paar Tausend Euro pro Jahr handeln würde. Wie viel Pacht möglich sei, könne er auch nicht sagen, weil dazu noch kein Gespräch geführt wurde. Das Geld von der EEG würde etwa 0,02 Cent pro kWh betragen. Pro Jahr wären dies auch etwa wenige Tausend Euro. Es sei auch bereits beschlossen, dass dieses potenzielle Geld einzufordern und für Spielplätze und die Gestaltung des Südparks zu verwenden sei.

Einwohner 3 fragt, warum die genauen Zahlen nicht bekannt seien, obwohl die Stadt das Solarfeld als Einnahmequelle nehmen wolle. Er gibt zu bedenken, dass ein solcher Aufwand nicht betrieben werde, um letztlich geringere Einnahmen zu erzielen.

Herr Müller-Bahr antwortet, dass dies nicht der Fall sei. Nicht die Stadt sei auf einen Investor zugegangen, sondern ein Investor sei, aufgrund einer ausgewiesenen Stelle, auf die Stadt zugegangen. Wenn dieser einen Antrag stelle, müsse die Stadt diesen in den Stadtrat geben und dieser würde darüber entscheiden. Erst dann sei die Stadt damit beauftragt.

Einwohner 4 merkt an, dass das entsprechende Feld seit 25 Jahren für die Landwirtschaft genutzt werde. Er fragt, warum genau dieses Feld von der Stadt dem Investor vorgeschlagen wurde.

Herr Müller-Bahr antwortet, dass die Stadt niemandem etwas vorgeschlagen habe. Der B-Plan sei bereits aus den 90er Jahren und dieser lasse eine Photovoltaik-Anlage dort zu. Damit sei die rechtliche Grundlage gegeben. Investoren würden auf Karten schauen, welche Flächen geeignet seien und dann Anträge an die Kommunen stellen. Außerdem sei diese Fläche

rechtlich privilegiert für eine PV-Freiflächenanlage, da sie innerhalb von 200m neben Schienen oder Bundesstraßen liegen würde. Dieses Wissen hätten die Investoren auch und würden dementsprechend auf die Städte zugehen.

Einwohner 4 bemerkt, dass zwischen Bündorf und Blösien an der Autobahn eine Fläche mit 9km Länge sei, die eine ausreichende Fläche für eine PV-Anlage bieten würde. Er habe aber das Gefühl, dass die Stadt zwingend diese eine Fläche mit einer PV-Anlage versehen wollen würde.

Herr Müller-Bahr fragt den Einwohner, woher er dieses Gefühl nehmen würde. Er merkt an, dass falsche Behauptungen im Raum stehen würden und bemängelt, dass kein Bürger sich im Stadtentwicklungsamt eine Auskunft eingeholt oder sich dort informiert habe. Diese Fragen seien den Investoren zu stellen, die Stadt habe nicht beschlossen, genau dort eine PV-Anlage zu errichten.

Einwohner 4 bittet im Namen der Einwohner der Elisabethhöhe die Stadt darum, sich gegen den Vorschlag einer PV-Anlage an dieser Stelle einzusetzen.

Herr Müller-Bahr verstehe das Anliegen, betont aber, dass alles rechtlich sauber ablaufen müsse. Im Endeffekt würde der Stadtrat, nicht die Stadt dies ablehnen müssen. EnBW könne dann aber dennoch einen Bauantrag stellen. Wenn dieser im Rahmen dessen ist, was das Baugesetz vorgebe, dann könnten sie trotzdem bauen. Nach aktuellen rechtlichen Gegebenheiten, könne immer jemand kommen und dort eine PV-Anlage errichten. Nach Aufhebung des B-Plans sei die Möglichkeit zum Bauen weiterhin gegeben, durch die Privilegierungs-Regelung. Wenn die Stadt einen Änderungsantrag für den B-Plan formulieren würde, könne die Stadt zumindest bestimmen, wie die Bebauung passieren würde. Eine vierte Möglichkeit wäre, einen neuen B-Plan zu verfassen, und diese Fläche als Grundfläche festzulegen. Dann sei die Stadt allerdings schadensersatzpflichtig gegenüber dem Bauern und den Eigentümern. Egal, wie die Stadt sich verhalten werde, es wird eine große Entscheidung folgen. Am wahrscheinlichsten ist dennoch, dass an dieser Stelle gebaut werde.

Einwohner 4 fragt, warum nach 25 Jahren landwirtschaftlicher Nutzung der Flächennutzungsplan nicht angepasst wurde.

Herr Müller-Bahr fragt, ob dieser den Bebauungsplan meine.

Einwohner 4 verneint dies und betont, dass er den Flächennutzungsplan meine.

Herr Müller-Bahr bemerkt, dass es keinen Flächennutzungsplan geben würde, sondern nur einen Bebauungsplan. Einen Flächennutzungsplan gebe es bisher nur im Entwurf. Dieser sei aber nicht rechtskräftig.

Einwohner 4 bedankt sich bei Herrn Müller-Bahr für die Antworten.

Herr Müller-Bahr betont, dass Fragen jederzeit möglich seien und er auch offen gegenüber Gesprächen sei. Diese Fragen seien wichtig, damit am Ende eine Lösung gefunden werde.

Einwohner 4 betont, dass es nicht darum gehe, PV-Anlagen als solches abzulehnen, sondern darum, ob eine Anlage an dieser Stelle zwingend erforderlich sei.

Herr Müller-Bahr verstehe dies, die Rechtssicherheit sei dabei aber prioritär. Er bedankt sich für die Fragen.

Herr Hayn fragt, ob es sich bei der nächsten Wortmeldung um das gleiche Thema handeln würde und ob es möglich wäre, dass zu dem Thema ein Austauschtreffen zwischen Oberbürgermeister, Stadtentwicklungsamt und betroffenen Anwohnern organisiert werden könnte. Er würde diese Frage aber als letzte Frage zu dem Thema noch zulassen.

Einwohnerin 5 begrüßt alle Anwesenden. Sie betont die Wichtigkeit eines Dialogs zwischen Anwohnenden, Stadt und Investor und fragt, wann und wo dieser Dialog stattfinden soll.

Herr Müller-Bahr bedankt sich für die Frage und antwortet, dass im Januar ein Bürgerinformationsabend stattfinden soll. Am liebsten würden sie es in Freimfelde machen wollen, allerdings fehle da die Örtlichkeit und daher werde es wahrscheinlich im Ratssaal stattfinden. Der Investor würde dann sein Prinzip vorstellen wollen und würde für Fragen zur Verfügung stehen. Als Vertreter der Stadt seien sie ebenfalls anwesend.

Einwohnerin 5 fragt, ob es nicht möglich sei, einen Kriterienkatalog für PV-Anlagen in der Stadt Merseburg zu erstellen. Sie habe recherchiert und als Beispiel die Stadt Jessen an der Elster gefunden, die so einen Kriterienkatalog haben. So sei es möglich, die Investoren in der Thematik einzuschränken.

Herr Müller-Bahr verweist auf Herrn Drießen, der genauer beantworten könnte, welche übergeordneten Gesetze dem entgegenstehen würden. In einem gewissen Rahmen sei dies aber potenziell möglich. Die Stadtverwaltung werde sich dies näher anschauen. Im Endeffekt sei dies aber nur eine Positionierung und der Investor könne aufgrund von übergeordneten Gesetzen sich meist einklagen. Da in diesem Fall aber ein B-Plan vorhanden sei, sei dies hier nicht mehr so umsetzbar.

Herr Hayn bitte Herrn Drießen, mit der Einwohnerin Kontakt aufzunehmen, um durch Sie die Veranstaltung unter den Anwohnenden zu bewerben.

Herr Hayn fragt nach weiteren Fragen. Dies ist nicht der Fall. Er schließt die Einwohnerfragestunde um 17.41 Uhr.

TOP 2.3. Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Müller-Bahr begrüßt alle Anwesenden und gibt einen Rückblick über die letzten Wochen.

Er berichtet vom bundesweiten Vorlesetag, wo Merseburg in den letzten Jahren immer einer der Orte gewesen sei, wo pro Einwohner die meisten Menschen vorgelesen hätten. Er bedankt sich bei den Menschen, die es organisiert haben und bei den zahlreichen Vorlesenden.

Er informiert über den diesjährigen Blumenschmuckwettbewerb. Der schönste Vorgarten und der schönste Balkon hätten Auszeichnungen erhalten. Er beglückwünscht die Gewinner und bedankt sich bei der Jury und den Teilnehmenden.

Er teilt mit, dass die Narrenzeit angefangen habe. Am 15.11. um 11.11 Uhr hätte auf dem Entenplan die feierliche Schlüsselübergabe stattgefunden. Er wünscht viel Freude in den nächsten Monaten.

Herr Müller-Bahr berichtet vom Spatenstich in Kötzschen. Dort würden in den nächsten Jahren die Straßen, die Fußwege, die Straßenbeleuchtung und die Regenwasserabführung erneuert.

Er berichtet davon, dass die Hochschule Merseburg zum neuen Semester über 800 neue Studierende begrüßt habe. Am 18.11. habe es ein Kennlernetreffen für die neuen Studierenden mit dem Oberbürgermeister gegeben. Er begrüßt alle neuen Studierenden.

Weiterhin berichtet er von der Wunschbaumaktion. Es habe 137 abgegebene Wünsche gegeben. Bereits nach 2-3 Tagen seien alle Wünsche vergeben gewesen. Er bedankt sich bei allen, die sich an der Aktion beteiligt haben.

Er informiert von der Jahreshauptversammlung der Feuerwehr. Es seien Ortswehrleiter, stellvertretende Ortswehrleiter, Stadtwehrleiter und stellvertretender Stadtwehrleiter neu gewählt worden. Er beglückwünscht alle Gewählten.

Vom Weihnachtsbaumschmücken berichtet Herr Müller-Bahr, dass so viele Kitas und Horte teilgenommen hätten, wie nie zuvor. Es sei ein sehr schönes Erlebnis für die Kinder gewesen und man könne das Ergebnis nun in der Gotthardstraße bestaunen.

Er berichtet von einer Bürgerinitiative, die sich dafür eingesetzt hätten, dass an der L 178n die Lärmschutzwand vergrößert werden sollte. Diese Lärmschutzwand sei rechtlich korrekt gewesen, allerdings hätten die Anwohner eine deutliche Verschlechterung der Wohnqualität empfunden. Daher wurde, nach Rücksprache mit Kreis und Land, die Wand verlängert, erhöht und ein neues innovatives System wurde angewandt.

Herr Müller-Bahr weist auf die neue Weihnachtsbeleuchtung in der Innenstadt hin. Diese sei durch die Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Gewerbeverein und Gewerbetreibenden entstanden. Er bedankt sich bei diesen. Er weist daraufhin, dass am 3. Advent die Innenstadt-Weihnacht stattfinden werde und u.a. verkaufsoffener Sonntag sei.

Außerdem berichtet er vom Weihnachtssingen durch die Mitarbeiter der Stadtverwaltung im Krankenhaus und in Pflegeheimen. Er bedankt sich bei allen, die ähnliches organisieren und veranstalten und damit zur weihnachtlichen Stimmung in der Stadt beitragen würden.

Herr Hayn fragt, ob es Nachfragen zu den Ausführungen des Oberbürgermeisters gibt. Dies ist nicht der Fall.

TOP 2.4. Anfragen und Anregungen der Stadträte

Herr Hayn erklärt, dass ihm bereits zwei schriftliche Anfragen der Fraktion DIE LINKE vorliegen würden. Er ruft Herrn Finger auf.

Herr Finger fragt nach dem aktuellen Stand der Vorhaben für die Dürer-Schule.

Herr Müller-Bahr antwortet, dass er erst gestern mit dem Landkreis und Landrat dazu gesprochen habe. Aktuell sehe es danach aus, dass die Sekundarschule innerhalb der nächsten drei Jahre aus der Dürer-Schule ausziehen würde. Aus jetziger Perspektive sei aber kein Schulneubau geplant. Es sei aber die Schulbedarfsplanung und die Änderungen im Schulgesetz durch das Land abzuwarten. Eventuell würden dann Änderungen zu den Mindestschülerzahlen folgen. Danach sei eine Entscheidung zu treffen. Falls die Stadt den Wunsch haben sollte, dass die Sekundarschule ausziehe, sei dies aber laut Landkreis möglich.

Herr Finger wünscht sich, dass das weitere Vorgehen gerne in internen Beratungen mit den Fraktionen auch besprochen werde.

Herr Müller-Bahr nimmt dies zur Kenntnis.

Herr Finger fragt nach dem aktuellen Stand der Rischmühlen-Halle, da die Stadt die Hälfte dieser an den Landkreis übergeben wollte.

Herr Müller-Bahr antwortet, dass dies ebenfalls gestern mit dem Landkreis besprochen worden sei. Der Landkreis wird die notwendige Summe 2027 zahlen. Es seien noch Details zu klären, aber das Signal des Landkreises sei positiv.

TOP 2.5. Entgeltvereinbarungen für die Kindertageseinrichtungen der SDA AWO gGmbH 2024 BV DS-Nr. 087/BV/25

Herr Hayn verliest den Beschlusstext und lässt darüber abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	35
Befangen	0
Ja-Stimmen	20
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	15

Es erfolgte eine einstimmige Beschlussfassung.

TOP 2.6. Entgeltvereinbarungen für die Kindertageseinrichtungen der Kinderland Merseburg gGmbH 2022-2024
BV DS-Nr. 084/BV/25

Herr Hayn verliest den Beschlusstext und lässt darüber abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	35
Befangen	0
Ja-Stimmen	20
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	15

Es erfolgte eine einstimmige Beschlussfassung.

TOP 2.7. Walter-Bauer-Jahr 2026
Antrag Fraktion SPD/Bündnisgrüne 006/AN/25

Herr Hayn eröffnet den Tagesordnungspunkt und ruft Herrn Turré auf.

Herr Turré geht auf den Beitrag von Einwohner 1 aus der Einwohnerfragestunde ein und betont noch einmal die Vielzahl an Veranstaltungen die bereits zum jetzigen Zeitpunkt geplant seien, wobei eine große Zahl auch ohne finanzielle Unterstützung der Stadt auskommen würde. Das Gedenkjahr würde einen würdigen Rahmen für diese darstellen und Walter Bauer als Persönlichkeit zu seinem 50. Todestag ehren. Er bittet um Zustimmung.

Herr Hayn bedankt sich für die Einbringung, verliest den Beschlusstext und stellt ihn zur Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	35
Befangen	0
Ja-Stimmen	35
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Es erfolgte eine einstimmige Beschlussfassung.

TOP 2.8. Antrag AfD Fraktion 008/AN/25 - Überprüfung des Flächennutzungsplanes

Herr Hayn eröffnet den Tagesordnungspunkt und ruft Herrn Wald auf.

Herr Wald begrüßt die Anwesenden. Er betont, die Debatte sei auf Grundlage von Fakten zu führen. Der Flächennutzungsplan, in dem ein qualifizierter Bebauungsplan geregelt werde, sei veraltet. Zum Zeitpunkt seiner Aufstellung habe niemand absehen können, in welchem Ausmaß heute in die Entscheidungsfreiheit der Bürger eingegriffen werde. Er verweist auf eine Anwohnerpetition, die sich vehement gegen Photovoltaikanlagen in der Nähe von Siedlungsgebieten richte. Zudem äußerten Naturschutzverbände Bedenken gegenüber dem Vorhaben. Weiterhin bestünden Sorgen hinsichtlich negativer Auswirkungen auf die Wohnqualität der Anwohnerinnen und Anwohner. Eine weitere Versiegelung komme aus seiner Sicht ausschließlich Investoren zugute, nicht jedoch den Bürgern vor Ort. Sachsen-Anhalt sei über Jahrhunderte ein kultureller Mittelpunkt Europas gewesen; Industrialisierung, Bodenreformen sowie der Verfall nach der Wiedervereinigung hätten jedoch vieles davon zerstört. Die Landschaft befinde sich derzeit in einer Phase der Erholung. Bergbaufolgelandschaften, wie etwa bei Weilandorf oder dem Geiseltalsee, entwickelten sich zu Naherholungsgebieten, und die Saaleaue stelle ein bedeutendes Vogel- und Naturparadies dar. Die Region dürfe nicht zur „Abstellkammer der Republik“ werden. Er lehnt weitere Müllverbrennungsanlagen, zusätzliche Windenergieanlagen sowie einen weiteren Solarpark ab, der die letzten freien Flächen in Anspruch nehme. Wer auf große Investoren setze, solle aus seiner Sicht Vorsicht walten lassen. Er erinnert an einen Auftritt des Oberbürgermeisters am 23.04. im Morgenmagazin, in dem die Zuwanderung vermeintlicher Fachkräfte unter anderem mit dem Bedarf an Nachwuchs in den Bauwerken in Schkopau begründet worden sei. Wenige Wochen später habe der Betreiber jedoch die dauerhafte Schließung des Standorts bekannt gegeben. Daraus folgert er, dass der Stadtrat Politik für die Bürger vor Ort machen müsse und nicht für Investoren oder aus seiner Sicht weltfremde klima-politische Experimente. Abschließend fordert er die Stadtverwaltung auf, sämtliche im Antrag genannten rechtlichen Möglichkeiten und Bedenken zu prüfen und den Willen der Bürger an oberste Stelle zu setzen. Die Bürgerinitiative sei ebenfalls anwesend und zu Gesprächen bereit. Dies stelle aus seiner Sicht das Mindeste dar, was für die Einwohnerinnen und Einwohner vor Ort geleistet werden könne. Zudem weist er darauf hin, dass die Stadt die Möglichkeit habe, das Vorhaben zu verhindern.

Herr Hayn gibt das Wort an den Leiter des Stadtentwicklungsamts, Herrn Drießen.

Herr Drießen erklärt, dass es eine Stellungnahme zum Antrag gebe. Diese erläutert er nun. Die Stadt sei bereits dabei, einen Flächennutzungsplan aufzustellen. Allerdings sei ihm kein aktueller rechtskräftiger Flächennutzungsplan der Stadt Merseburg bekannt. Grundlage für Flächennutzungspläne seien übergeordnete Gesetze, hier sei dies bspw. das Standortkonzept, welches 2023 einstimmig im Stadtrat beschlossen worden sei. Als Herangehensweise gelte das Prinzip des Ausschlusses. Als erstes würden übergeordnete Rahmenbedingungen wie z.B. Privilegierungsflächen für Landwirtschaft gelten. Danach würden die rechtlichen Rahmenbedingungen durch die Stadt folgen, z.B. Bebauungspläne. Nach diesem Ausschlussprinzip seien drei Flächen übriggeblieben und eine davon sei die Fläche in Freimfelde. Es gebe einen alten B-Plan, wo die Fläche als Gewerbegebiet gekennzeichnet sei. Allerdings sei dort Gewerbe nur schwer möglich. Die Baunutzungsverordnung sei vor 3 Jahren novelliert worden, bis zu dem Zeitpunkt seien PV-Anlagen in Gewerbegebieten ausgeschlossen gewesen. Nun könne im Gewerbegebiet bis zu 50% mit PV-Anlagen versehen werden. Damit seien formal die Voraussetzungen für die Errichtung einer PV-Anlage erfüllt. In §35 BauGB seien Privilegierungstatbestände für PV-Anlagen im Außenbereich aufgelistet, u.a. seien die Nähe zu Bundesstraßen und Bahnlinien genannt. Die Stadt könne Bauleitplanung im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung betreiben und damit auch die Eigentumsrechte soweit einschränken, wie das Gesetz dies zulasse. Um dementsprechend Rahmenbedingungen gestalten zu können, sei ein Bebauungsplan nötig. Aktuell sei allerdings die Aufgabe herauszufinden, wie man es schaffen könne, die Anlage an dieser Stelle einzufügen, ohne negative Auswirkungen auf die Siedlung auszuwirken.

Herr Hayn ruft Herrn Eichelmann auf.

Herr Eichelmann kritisiert Herrn Wald für die aus seiner Sicht fehlende Anwesenheit im Stadtrat und dafür, dass es im Antrag um einen nicht bestehenden Flächennutzungsplan gehen

würde. Dieser Flächennutzungsplan sei im Entwurf und noch nicht rechtskräftig. Er regt an, dass man sich an der kommenden Bürgerbeteiligung zu diesem gerne beteiligen und dort den entsprechenden Punkt einbringen könne. Die Intention hinter dem Antrag sei für ihn jedoch fraglich, da sie mit dem Stadtrat vor Jahren das Gegenteil beschlossen hätten. Herr Eichelmann merkt an, dass dort genau dieser Punkt hätte verhindert werden können und bemängelt, dass keine konstruktiven Gegenvorschläge genannt würden.

Herr Kreisel empfiehlt die Ablehnung des Antrags, da dieser nicht begründet sei. Das Aufstellungsverfahren zum Flächennutzungsplan würde voranschreiten, ein neuer Entwurf würde in Kürze im Bauausschuss diskutiert werden. Dort könne sich konstruktiv mit eingebracht werden. Die Fragen des Antrags seien mit dem heutigen Schreiben der Verwaltung bereits beantwortet.

Herr Darnstädt begrüßt alle Anwesenden und kritisiert die sogenannte Brandmauer gegenüber seiner Fraktion. Die Stadtratsmitglieder seien gewählt von den Bürgern und deswegen müssten sie nun zu den Bürgern stehen. Die Bürger hätten hier ein Problem und würden die Solaranlage nicht wollen und dementsprechend sei zu Handeln. Weiterhin würde das Geld eingenommen werden und direkt wieder ausgegeben werden, während der Bürger mit den Konsequenzen zu leben habe.

Herr Hayn sagt, dass er keinen Beifall aus dem Zuschauerraum mehr zulassen werde. Er erwidert an Herrn Darnstädt gerichtet, dass das Geld nicht in die Kasse komme und dann weg sei, sondern dass geplant sei, das Geld für Spielplätze und den Südpark zu nutzen. Er ruft Herrn Finger auf.

Herr Finger kritisiert die fehlenden Lösungsansätze und die fehlende Mitarbeit der Antragsteller. Er bemerkt, dass es einen rechtlichen Rahmen gebe, in dem gehandelt werde. Der Entwurf des Flächennutzungsplans stelle eine Grundlage, mit der man arbeiten könne, dar. Es brauche Vorschläge und kein Populismus. Weiterhin gehöre das Thema zur Beratung in die Ausschüsse und noch nicht in den Stadtrat.

Frau Krause begrüßt alle Anwesenden. Sie erläutert, dass es im Antrag um eine Prüfung durch die Verwaltung gehe, wie nah Photovoltaik-Anlagen an Wohngebiete gebaut werden könnten. Es sei klar, dass eine Kommune nicht einfach eine PV-Anlage verbieten könne, allerdings habe sie die Planungshoheit. Dadurch könne die Kommune beispielsweise einen anderen Nutzen festsetzen, um damit Photovoltaik auszuschließen. Wenn ein Investor einen Antrag stelle, könne die Stadt außerdem ein Bauleitplanverfahren beginnen und so ebenfalls die Nutzung ausschließen. Frau Krause kritisiert, dass die Stadt Einnahmen durch die EEG-Umlagen generiere. Diese seien für sie ungenügend und unzulässig. Daher habe ihre Fraktion den Beschluss dazu abgelehnt.

Herr Hayn ruft Herrn Haring auf.

Herr Haring begrüßt alle Anwesenden. Er appelliert an die Bürgerinnen und Bürger, dass für alle Stadträte am 28.11.2024 und davor in den Ausschusssitzungen die Gelegenheit zur Mitwirkung am 4. Entwurf der Flächennutzungssatzung bestanden habe. Dort hätten die Anmerkungen und Wünsche eingebracht werden können. Dies hätte die AfD-Fraktion nicht getan. Beim nächsten Entwurf könnten sie dies ebenfalls tun, genau wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger auch. Es werde z.B. im Amtsblatt veröffentlicht wie und wo man sich dazu äußern könne. Weiterhin führt Herr Haring aus, dass es sich um einen veralteten Bebauungsplan halten würde. Ein Aufstellungsbeschluss des Stadtrats bedeute demnach, dass dieser Bebauungsplan für das Gebiet angepasst werde. Dafür sei ein Beschluss notwendig. Ein Flächennutzungsplan habe damit, in diesem Zusammenhang, nicht direkt etwas zu tun, sondern sei übergeordnet. In der Diskussion gehe es aber um die Veränderung des Bebauungsplans. Der Entwurf des Flächennutzungsplans würde sich aktuell in der Überprüfung befinden, daher sei der Antrag überflüssig und solle entweder zurückgezogen werden oder sei abzulehnen.

Herr Hayn ruft Herrn Eichner auf.

Herr Eichner widerspricht der Aussage, dass der Stadtrat Photovoltaik in der ganzen Stadt wolle. Der Stadtrat habe vor drei Jahren einen Beschluss gefasst, um die PV-Anlagen einzuschränken. Damals habe die Stadt viele Anträge von Flächennutzern erhalten, die PV-Anlagen auf ihren Grundstücken errichten wollten. Um dies einzudämmen, habe die Stadt sechs Flächen für die Nutzung von Photovoltaik vorgeschlagen, der Stadtrat habe es auf drei Flächen begrenzt. Er richtet sein Wort an Frau Krause und erklärt, dass man eine Veränderungssperre nicht so einfach beschließen könne. Bereits beim Beschluss müsse ein Gestaltungswille vorhanden sein. Eine Veränderungssperre, um etwas zu verhindern, sei rechtlich nicht möglich. Er bedauere es, dass die Stadt Merseburg noch kein Flächennutzungsplan habe. Es sei sehr wichtig, dass dieser bald fertiggestellt werde. Dies würde für viel Planungssicherheit sorgen. Zuletzt kritisiert er Aussagen, die den Klimawandel in Frage stellen.

Herr Hayn fragt nach weiteren Wortmeldungen. Er richtet sich an Herrn Wald und fragt, ob die Stellungnahme der Verwaltung bereits den Antrag erfülle oder er den Antrag abstimmen lassen solle.

Herr Wald stellt den Änderungsantrag, dass der Antrag 008/AN/25 in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Wirtschaft (SBUW) verwiesen wird.

Herr Hayn bedankt sich und ruft Herrn Müller-Bahr auf.

Herr Müller-Bahr erläutert, dass er sich mit Herrn Drießen beraten habe und sie zur nächsten Sitzung des Bauausschusses das PV-Freiflächenkonzept (078/BV/23) noch einmal vorstellen würden. In dem Konzept seien die privilegierten Flächen markiert. Wenn dies gewünscht sei, könne man die entsprechende Fläche noch einmal diskutieren. Das Konzept habe allerdings keine rechtliche Bindung und sei lediglich eine Willensbekundung durch die Stadt. Investoren würden aber eventuell davon absehen, wenn deutlich sei, dass PV auf dieser Fläche nicht gewünscht sei.

Herr Hayn erwidert, dass der Austausch mit den Bürgern in Freimfelde vorher stattfinden solle.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass das Gespräch bereits für den Januar geplant sei.

Herr Hayn bittet um Abstimmung des weitergehenden Änderungsantrags der AfD-Fraktion.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	35
Befangen	0
Ja-Stimmen	32
Nein-Stimmen	1
Enthaltungen	2

Es erfolgte eine mehrheitliche Beschlussfassung.

Herr Hayn unterbricht die Sitzung um 18.37 Uhr.

Es erfolgt eine Pause von 12 Minuten.

Herr Hayn setzt die Sitzung um 18.49 Uhr fort.

Herr Hayn eröffnet den Tagesordnungspunkt und ruft Herrn Eichelmann auf.

Herr Eichelmann erläutert, dass sich im Hauptausschuss bereits ausgiebig mit dem Thema beschäftigt worden sei. Der Personalbericht solle als Zahlengrundlage für die Personalplanung der nächsten Jahre genutzt werden. Die Präsentation von Frau Witzel sei sehr aufschlussreich gewesen. Herr Eichelmann bittet um Zustimmung zum Antrag.

Herr Hayn fragt, ob es Fragen dazu gebe und ob die Verlesung des Beschlusstextes nötig sei oder ob die Abstimmung reiche. Er bittet um Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	35
Befangen	0
Ja-Stimmen	22
Nein-Stimmen	13
Enthaltungen	0

Es erfolgte eine mehrheitliche Beschlussfassung.

TOP 2.10. Ermächtigung zum Eingehen von Verpflichtungen zur Durchführung der Schlossfestspiele 2026 vor Erlass der HH Satzung 2026
BV DS-Nr. 071/BV/25

Herr Hayn eröffnet den Tagesordnungspunkt und fragt nach Einbringung oder Redebeiträgen.

Herr Hayn verliest den Beschlusstext. Er bittet um Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	35
Befangen	0
Ja-Stimmen	34
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	1

Es erfolgte eine einstimmige Beschlussfassung.

TOP 2.11. Beschluss über geplante Maßnahmen im Förderprogramm Sozialer Zusammenhalt, Fördergebiet "Merseburg-Süd" (GKFÜ 2026)
BV DS-Nr. 085/BV/25

Herr Hayn eröffnet den Tagesordnungspunkt und fragt nach Redebeiträgen.

Frau Beier begrüßt alle Anwesenden und fragt, worum es sich bei der Abkürzung „ISEK“ handeln würde.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass es sich um das Integrierte Stadtentwicklungskonzept handeln würde. Dieses sei ein Strategiepapier zur Entwicklung der Stadt Merseburg, welches bereits vor einigen Jahren beschlossen worden sei. Aktuell sei es in der Fortschreibung.

Herr Hayn ruft Frau Naundorf auf.

Frau Naundorf erläutert, dass sie Gespräche mit den Menschen vor Ort geführt habe. Sie beziehe sich in ihrem Beitrag auch auf TOP 2.14. Aus ihrer Sicht werde der zweite Schritt vor dem ersten gemacht. Sie berichtet, dass sie an der Bürgerversammlung in der Pappelallee

teilgenommen habe. Dort seien andere Probleme angesprochen worden; sie habe sich als Bewohnerin mit ihren Anliegen nicht ernst genommen gefühlt. Der Oberbürgermeister habe die Veranstaltung vorzeitig verlassen. Auf die Belange der Bürger sei nicht eingegangen worden, die Vorlage sei ihrer Auffassung nach auch nicht angepasst worden. Es würden eher Wünsche als konkrete Probleme berücksichtigt. Sie führt aus, dass die Menschen Garagen benötigten, diese jedoch seit Jahren verfallen seien. Stattdessen solle nun ein Bolzplatz errichtet werden. Dieser befände sich nach ihrer Darstellung in unmittelbarer Nähe zu einem unbeschränkten Bahnübergang sowie zur Straßenbahn, sei schwer einsehbar und liege hinter einem Einkaufsmarkt, an dem Menschen mit schweren Einkaufstaschen entlanggingen. Zudem verlaufe dort der Weg zur Kindertagesstätte sowie ein Schulweg. Weiterhin äußert sie Sicherheitsbedenken im Hinblick auf Personen, die sich dort aufhielten. Sie fragt, warum der Stadt über einen Zeitraum von rund 20 Jahren Einnahmen aus der Garagenvermietung entgangen seien. Die Garagen hätten vor etwa 20 Jahren geräumt werden müssen, obwohl sie bis heute stehen würden. Frau Naundorf erklärt, sie könne die damalige Entscheidung nachvollziehen, die Wohnhäuser in Merseburg-Süd zu verkaufen; aus ihrer Sicht habe dort jedoch das heutige Dilemma begonnen. Es gebe wechselnde Vermieter, die sich unzureichend um die Objekte kümmerten. Im Antrag sei von Einrichtungen für Jugendliche und ältere Menschen die Rede, jedoch nicht von einer unmittelbaren Umsetzung, sondern von einem zukünftigen Bedarf. Dies hätte aus ihrer Sicht von Beginn an klar benannt werden müssen. Sie merkt an, dass sie die Erleichterung des Zugangs zum öffentlichen Personennahverkehr begrüße; dies seien Themen, die die Menschen tatsächlich bewegten. Als weiteres Beispiel nennt sie die Situation in der Straße des Friedens, wo ein Friseurbetrieb seit Oktober nicht geöffnet habe und in der Bevölkerung entsprechende Vermutungen geäußert würden. Weiterhin berichtet sie von Lärmbelästigungen und offenem Feuer in der Gartenanlage in der Pappelallee, was die Eigentümer der angrenzenden Einfamilienhäuser störe und nach ihrer Einschätzung zu einem Wertverlust der Immobilien führe. Sie betont, dass sie nicht gegen sozialen Zusammenhalt sei. Eine Begründung befürworte sie grundsätzlich; zugleich weist sie auf Probleme mit der Kanalisation hin, die durch Baumwurzeln verstärkt würden. Diese sei dort wiederholt defekt gewesen, was zu Wasserschäden in Kellern und Badezimmern geführt habe. Zwar sei dies teilweise Sache der Vermieter, die Kanalisation verlaufe jedoch auch über städtisches Gebiet. Frau Naundorf erklärt, man solle sich zunächst um die tatsächlichen Probleme kümmern. Sie schildert zudem persönliche Wahrnehmungen zur subjektiven Sicherheitslage im Quartier und gibt Äußerungen von Dritten wieder. Abschließend erklärt sie, dass die AfD-Fraktion den Antrag aus den genannten Gründen ablehnen werde.

Herr Gatzlaff begrüßt alle Anwesenden und erläutert, dass es in der Vergangenheit nicht genug Ressourcen gegeben habe, um sich ausreichend mit den Garagen zu beschäftigen. Es gebe jetzt neue Garagen in der Nähe des ehemaligen Straßenbahnbetriebshof. Für ihn sei es ein Randthema des Stadtteilentwicklungskonzepts, ob die alten Garagen zeitnah entfernt werden oder nicht.

Herr Kreisel bemerkt, dass er die geschilderten Probleme nachvollziehen könne. Allerdings gehe es hier um das ganze Stadtentwicklungskonzept, welches am 11.11. im Bauausschuss und danach auch im Hauptausschuss besprochen worden sei. Die genannten Punkte seien dort nicht angesprochen wurden und Änderungswünsche habe es auch nicht gegeben. Der Beschluss der Gesamtkostenfinanzierungsübersicht sei wichtig, um Fördermittel beantragen zu können. Bei einer Ablehnung würden die Mittel fehlen, um überhaupt etwas im Viertel zu verbessern. Daher bittet er um Zustimmung. Dies sei lediglich ein Konzept und dieses könne angepasst und fortgeschrieben werden, da könnten die Punkte noch eingebracht werden.

Herr Hayn ruft Herrn Turré auf.

Herr Turré erläutert, dass er die aktuellen Probleme nicht in Abrede stellen würde, aber hier auch eine Vision wichtig sei. Für ihn sei klar, dass Merseburg Süd eine Zukunft habe. Aufgrund des heutigen Wissens, würden die Häuser nicht noch einmal verkauft werden. Allerdings sei es damals darum gegangen, die Gebäudewirtschaft vor der Insolvenz zu retten. Die Häuser hätten damals eine Leerstandsquote von 40% gehabt. Nur durch den Verkauf hätte man die

Gebäudewirtschaft bis heute erhalten können. In den nächsten Jahren wolle die Stadt dort aber mehrere Millionen Euro investieren und hoffe, dass auch weitere Eigentümer mitziehen würden. Das solle natürlich nicht hindern, die kurzfristigen Probleme wie z.B. die Kanalisation anzugehen. Es gebe keine Alternative, als dem Antrag zuzustimmen.

Herr Hayn erteilt Frau Krause das Wort.

Frau Krause merkt an, dass die Maßnahmen viel Geld kosten würden. Steuergelder seien keine geschenkten Gelder. Sie sei nicht von dem Konzept überzeugt, ebenso die Anwohner.

Herr Hayn ruft Herrn Darnstädt auf.

Herr Darnstädt erläutert, dass er ebenfalls die Veranstaltung in der Pappelallee besucht habe. Die Anwohner seien vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Die Bewohner wären nicht gefragt wurden. Dementsprechend sei das Konzept auch nicht für die Bewohner angepasst worden.

Herr Hayn ruft Herrn Finger auf.

Herr Finger bemerkt, dass das Konzept nun zum dritten Mal beraten werde. Bis jetzt hätte es keine entsprechenden Anmerkungen dazu gegeben. In Bezug auf den Verkauf der Wohnungen meint er, dass es die Wahl gegeben hätte, zwischen dem Erhalt aller Wohnungen oder der Rettung der Gesellschaft und dem Erhalt eines Teils der Wohnungen. Es hätte damals keine andere Lösung gegeben. Ziel der zu beantragenden Fördermittel sei es, dass Süd wieder besser aufgestellt werde. Er fragt die AfD-Fraktion nach Vorschlägen, wie die Finanzierung sonst sichergestellt werden könnte. Sie seien der Bevölkerung dann eine Erklärung schuldig. Er würde auch die Kritikpunkte verstehen, ihm würden aber die Lösungsvorschläge fehlen. Aufgrund der Kritik nun keine Fördermittel zu beantragen, sei inakzeptabel. Weiterhin handele es sich um ein Konzept und dies könne weiterbearbeitet werden.

Herr Hayn bedankt sich bei Herrn Finger und erteilt Herrn Haring das Wort.

Herr Haring fragt die Verwaltung, ob es zeitlichen Druck gebe, die Vorlage sofort zu beschließen oder ob man den Antrag noch einmal in den Ausschuss zurückverweisen könne.

Herr Müller-Bahr möchte die Situation klären, da er das Gefühl habe, dass zwei Tagesordnungspunkte vermischt würden. Er verstehe die genannten Punkte. Allerdings müsse man schauen, wo könne man etwas kurzfristig, wo mittelfristig und wo langfristig verändern. Viele der genannten Wünsche könne man nicht sofort beheben. Das sei ein laufender Prozess und oft gebe es nicht nur eine einzige Lösung, man müsse an mehreren Punkten gleichzeitig ansetzen. Verschiedene Probleme gegeneinander auszuspielen, sei nicht die Lösung.

Falls heute kein Beschluss fallen sollte, sei keine Finanzierung möglich. Dann müsse man sich der Konsequenzen bewusst werden. Es gehe hier z.B. um eine Dachsanierung der Kita Spatzennest, da es dort reinregne. Wenn man den Antrag heute ablehnen würde, wäre die Frage, wo dafür das Geld herkommen soll, wenn nicht von Steuergeldern. Ebenso würde es sich mit dem Quartiersmanagement für sozialen Zusammenhalt verhalten. Man könne mit dem Geld jemanden einstellen, der vor Ort mit den Menschen gemeinsam an Lösungen arbeiten würde. Man rechne aber auch damit, dass die Stadt nur für die Hälfte eine Finanzierung erhalten werde. Nächstes Jahr im Sommer könne man dann gemeinsam mit dem Land schauen, was uns besonders wichtig sei. Das Stadtteilentwicklungskonzept unter TOP 2.13. müsse heute ebenfalls beschlossen werden, da es mit eingereicht werden müsse.

Herr Drießen betont, dass das städtebauliche Entwicklungskonzept, neben dem GKFÜ, ebenfalls eine Voraussetzung für die Förderung sei.

Herr Müller-Bahr antwortet auf die Frage nach der Beteiligung der Bürger, dass dies natürlich immer ausbaufähig sei. Allerdings seien u.a. beim Stadtteilstfest Meinungen eingeholt wurden, es hätte Stadtteilspaziergänge und Bürgerbefragungen gegeben. Der Termin in der Pappelallee sei ein Ergebnis von rund sechs Monaten Arbeit im Stadtteil gewesen. Natürlich könne das nie alle Meinungen abdecken. Es sei erst der Anfang, aber es sei notwendig, dass angefangen werde. Er verstehe auch, dass es schwierig sei mit den Vermietern. Dennoch sei er froh, dass die TAG anfangs zu investieren, dies sei ein kleiner Schritt auf dem Weg zum Erfolg.

Herr Hayn bedankt sich bei Herrn Müller-Bahr und ruft Herrn Darnstädt auf.

Herr Darnstädt äußert, ihm sei bekannt, dass in Wohnungen der TAG mehr Monteure als angegeben untergebracht seien. Nach seiner Darstellung falle dadurch zusätzlicher Müll an, dessen Kosten, seiner Einschätzung nach, von den anderen Bewohnern ausgeglichen würden. Diese Probleme würden hier einfach vom Tisch gewischt werden. Er kritisiert, dass das Konzept beschlossen werden solle, obwohl dazu niemand angehört worden wäre. Das Konzept würde durchgewunken, nur um die Fördermittel erhalten zu können.

Herr Müller-Bahr bezeichnet den Beitrag als sogenanntes Whataboutism. Weiterhin warnt er davor, Hörensagen und Wissen zu vermischen. Eventuell zahle der Mieter den entsprechenden Betrag für den Müll. Natürlich gehöre der Vorfall geprüft, aber dies sei nicht der richtige Ort dafür und hätte nichts mit dem Antrag zu tun. Herr Darnstädt könne Herrn Müller-Bahr eine E-Mail mit Nachweisen schicken, dann würde dieser es an die TAG mit Bitte um Prüfung weiterleiten. Betriebe in Leuna und Schkopau würden Wohnungen mieten für ihre Monteure, allerdings könne er sich nicht vorstellen, dass die Betriebe in den Wohnungen mehr Menschen unterbringen, als genehmigt. Herr Müller-Bahr bittet darum, dass im Stadtrat die Punkte besprochen würden, die auf der Tagesordnung stehen würden und dies solle sachlich und ziel führend ablaufen, damit man zum Abschluss kommen könnte.

Herr Hayn bedankt sich bei Herrn Müller-Bahr und erteilt Frau Naundorf das Wort.

Frau Naundorf merkt an, dass man im Stadtrat fair miteinander umgehen solle und Beschimpfungen hier keinen Platz hätten. Man solle sich daran erinnern, dass hier alle Menschen wären. Weiterhin fragt sie, wer die Fördermittel zurückzahlen würde und ob und wie das Konzept geändert werden könnte. Wenn die Stadt an das Konzept gebunden wäre, wie würde man die restlichen Probleme angehen können.

Herr Müller-Bahr bedankt sich bei Frau Naundorf für die Fragen. Er antwortet, dass beide Beschlüsse notwendig seien, um Fördermittel beantragen zu können. Er erklärt, sofern die Projekte umgesetzt würden, müsse kein Geld zurückgezahlt werden. Für den Antrag sei das heutige Konzept umzusetzen. Es sei dennoch möglich, das Konzept fortzuschreiben.

Herr Hayn ruft Herrn Weber auf.

Herr Weber erläutert, dass es hier um die Abstimmung des Finanzierungs- und Kostenkonzepts gehen würde. Dies sei die politische Voraussetzung, damit die Stadt Fördermittel bekommen könnte. Niemand würde in Abrede stellen, dass es die genannten Probleme geben würde. Weiterhin sei im Antrag geschildert, dass die Stadt die Umsetzung den Bürgern transparent machen werde. Nun sei es an den Stadträten, die Stadtverwaltung dahingehend zu kontrollieren. Herr Weber verstehe nicht, warum es eine halbstündige Diskussion dafür brauche.

Herr Hayn bedankt sich bei Herrn Weber.

Herr Wald stellt den Geschäftsordnungsantrag auf 5 Minuten Pause.

Herr Hayn stimmt zu und unterbricht die Sitzung um 19.34 Uhr.

Es erfolgt eine Pause von 5 Minuten.

Herr Hayn setzt die Sitzung um 19.39 Uhr fort.

Herr Hayn fragt nach weiteren Wortmeldungen. Er verliest den Beschlusstext und bittet um Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	35
Befangen	0
Ja-Stimmen	35
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Es erfolgte eine einstimmige Beschlussfassung.

TOP 2.12. Beschluss über geplante Maßnahmen im Programm Lebendige Zentren, Fördergebiet "Mitte/Zentrum" (GKFÜ 2026)
BV DS-Nr. 086/BV/25

Herr Hayn fragt nach Redebeiträgen und ruft Frau Dr. Czikowsky auf.

Frau Dr. Czikowsky fragt, inwiefern die, im Anhang grünunterlegten, Maßnahmen mit dem aktuellen Haushaltsentwurf kompatibel seien und ob diese Punkte mit dem genauen Beitrag so auch im Haushaltsentwurf zu finden seien.

Herr Müller-Bahr antwortet, die Maßnahmen seien enthalten, allerdings mit unterschiedlichen Eigenanteilen, mitunter würde z.B. das Sondervermögen genutzt werden.

Frau Dr. Czikowsky kritisiert, es sei nicht klar erkennbar, ob für eine Maßnahme Sondervermögen genutzt werden solle. In der Darstellung sei nicht klar, woher das Geld kommen solle.

Herr Müller-Bahr erläutert, es würde sich um ein Missverständnis handeln. Die Mittel würden jeweils im Budget bereitstehen. Die technische Darstellung sei ungünstig.

Frau Dr. Czikowsky merkt an, dass die Darstellung für sie Fragen aufwerfe.

Herr Müller-Bahr stimmt ihr zu.

Frau Dr. Czikowsky bittet darum, die Abkürzungen in ihrer Langform auszuschreiben, da nicht jeder mit den Abkürzungen etwas anfangen könne.

Herr Hayn bedankt sich bei Frau Dr. Czikowsky für die Hinweise. Herr Hayn verliest den Beschlusstext und bittet um Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	35
Befangen	0
Ja-Stimmen	34
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	1

Es erfolgte eine einstimmige Beschlussfassung.

TOP 2.13. Beschluss über das Fördergebiet "Merseburg Süd" im Programm Sozialer Zusammenhalt und Billigung des Stadtteilentwicklungskonzeptes (StEK) "Merseburg Süd"

BE: Frau Bahr

BV DS-Nr. 083/BV/25

Herr Hayn fragt, ob es Redebedarf geben würde. Dies ist nicht der Fall. Er verliest den Beschlusstext und bittet um Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	35
Befangen	0
Ja-Stimmen	22
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	13

Es erfolgte eine einstimmige Beschlussfassung.

TOP 2.14. Grundsatzbeschluss zur Entwicklung des Clusters der chemischen Industrie
BV DS-Nr. 090/BV/25

Herr Hayn fragt, ob eine Einbringung gewünscht ist. Dies ist der Fall.

Herr Müller-Bahr bringt die Beschlussvorlage ein. Er erläutert, es würde darum gehen, wie die Stadt steuern und eingreifen könne, damit die Wünsche der Stadt bei Investoren berücksichtigt würden. Wenn die Stadt nicht der Eigentümer von Flächen sei, seien die Möglichkeiten äußerst begrenzt, weil das Baugesetzbuch greifen würde. Durch diese Meinungsbildung könne man zumindest den Investoren aufzeigen, wie die Stadt sich die Verwendung der Flächen vorstellen würde. Dadurch könne die regionale Wertschöpfung gesichert und ausgebaut, aber auch die Neuansiedlung gesteuert werden. Weiterhin würde auch der Bau von KI-Rechenzentren mit dem Antrag koordiniert werden können. Man könne nun Kooperationsvereinbarungen mit den Eigentümern der Flächen schließen, dies sei bis jetzt auch sehr positiv gesehen worden. Der Antrag sei notwendig um eine geordnete Entwicklung zum Wohle der Stadt voranzutreiben.

Herr Hayn fragt nach weiteren Wortmeldungen. Dies ist nicht der Fall. Er verliest den Beschlusstext und bittet um Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	35
Befangen	0
Ja-Stimmen	22
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	13

Es erfolgte eine einstimmige Beschlussfassung.

2.15. Informationen der Stadtverwaltung

Herr Müller-Bahr erklärt, es würde Gespräche mit Lidl über die Entwicklung der beiden geschlossenen Standorte geben. Weiterhin würde die Stadt auch mit dem Subway-Franchise-Nehmer Gespräche führen, ob man einen neuen Franchise-Nehmer für das geschlossene Geschäft finden könne.

Er führt aus, dass einer der beiden Hubsteiger kaputt sei. Eine Reparatur sei nicht möglich und es würde dauern, bis das neue Gerät eintreffen werde. Daher würden Belange wie z.B. eine kaputte Laterne deutlich länger dauern. Er bittet um Geduld und Verständnis.

Herr Müller-Bahr, Frau Findeisen, Herr Gatzlaff und Herr Lukesch-Heinicke hätten das ehemalige EHL-Grundstück besucht, um zu schauen, ob dies eine mögliche Alternative für den neuen Betriebshof darstellen würde. Der Sanierungsbedarf sei allerdings enorm. Daher seien hier noch Fragen offen.

2.16. Schließung der Sitzung

Herr Hayn bedankt sich und schließt die öffentliche Sitzung um 19.53 Uhr.



Hayn
Stadtratsvorsitzender



Büttner
Protokollantin